

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 12 (2005)
Heft: 136

Rubrik: Stadtleben

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

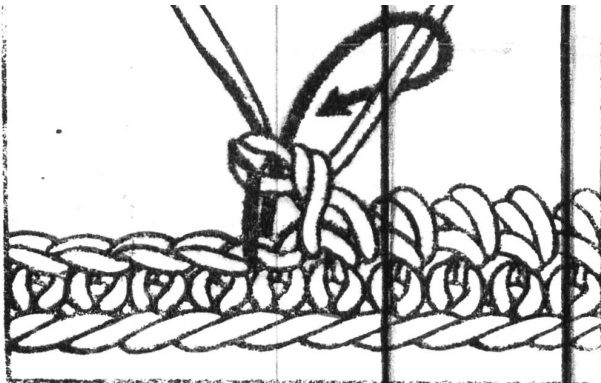
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

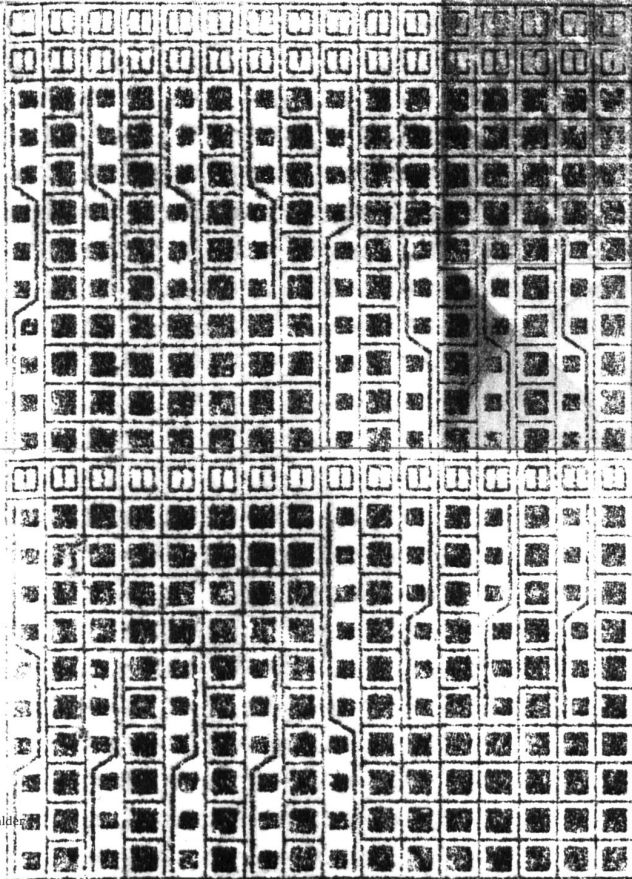
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



STADTLEBEN



0493123

Bild: Aurelia Markwald

SAITEN 07-08/05

153
152
153
151
119
117
112
111
109
107
102
103
101
99
97
98
99
91
98
97
98
98
97
95
94
92
93
94
94
93
92
91
90
89
88
87
86
85
84
83
82
81
80
79
78
77
76
75
74
73
72
71
70
69
68
67
66
65
64
63
62
61
60
59
58
57
56
55
54
53
52
51
50
49
48
47
46
45
44
43
42
41
40
39
38
37
36
35
34
33
32
31
30
29
28
27
26
25
24
23
22
21
20
19
18
17
16
15
14
13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

NICHT DERGL

Die Abstimmung über das Polizeireglement ging verloren – mit 34 Prozent Nein ernüchternd deutlich. Trotzdem ist nicht alles verloren. In den letzten Monaten ist in St.Gallen Erstaunliches passiert.

von Bettina Dyttrich



26

Weder die private Wirtschaft noch das private Individuum setzen irgendwelche Hoffnungen in das öffentliche Leben. Beide glauben, dass sie sich nur selber helfen können, und beide handeln oft so, als wären ihre Angelegenheiten total abgekoppelt von denen des öffentlichen Raumes. **Rolf Bossart in Saiten 10/01: Wem gehört die Stadt?**

Thank the local servants for being so loyal, soon they'll all be happy and very safe. **US-Rapper Sole, «Plutonium», am 8.Juni live in der Grabenhalle**

Es gibt Zeiten, da gehört plötzlich alles zusammen. Die Kultur wird politisch und die Politik kulturell, ohne dass das eine das andere instrumentalisiert. Das kleine Leben hat eine Verbindung zu den grossen Fragen, die Einzelteile fügen sich zusammen. Und man könnte richtig übermütig werden, aber natürlich darf das nicht weitergehen. Denn dann kommt die Abstimmung, und alle wandern wieder mit eng an den Körper gepressten Armen durch die Stadt, die auf einmal nur noch halb so schön aussieht.

Aber trotzdem: Nichts von dem, was passiert ist, hat seinen Wert verloren. Wenn vor einem Jahr jemand prophezeit hätte, es gebe im Frühling 2005 in St.Gallen eine national beachtete Flüchtlingssolidaritätsbewegung UND ein Sozialforum UND eine Abstimmungskampagne, die Bündnisse entstehen lässt wie seit Neuchâten-Anschwilien nicht mehr, hätten es auch die meisten Optimisten nicht geglaubt. Wir waren erstaunt, dass diese Stadt so weit werden kann, wie sie am

Wegdüdefest war, so weit wie der Bodensee mindestens, so gross wie Budapest und so voller Möglichkeiten wie New York.

Telegramm vor der Abstimmung: Seid misstrauisch, wenn sie euch die absolute Sicherheit versprechen +++ Das Absolute ist das Tote +++ Und das Totalitäre +++ Es gibt keine absolute Sicherheit +++ Nicht einmal um den Preis des Polizeistaates. Wer der Polizei so viel Macht einräumt, handelt sich einen neuen Unsicherheitsfaktor ein: die Polizei +++

Am Anfang war bei vielen eine Empörung, ein fast ungläubiges «Das können sie doch nicht machen!». Diese Empörung trog nicht. Trotz allen Leserbriefen und Polizeiverlautbarungen, die den Wegweisungsartikel als das Normalste der Welt darstellten: Er ist es nicht. Er ist ein Bruch in der Justiz, der die Unschuldsvermutung aufhebt: Die Polizei geht nicht mehr gegen Menschen vor, die ein

Gesetz gebrochen haben, sondern gegen solche, die es vielleicht brechen könnten. Dass das Recht auch dafür da wäre, die Menschen vor dem Staat zu schützen, daran erinnert sich kaum mehr jemand. Die weggewiesene Person verliert für die Dauer ihrer Wegweisung einen Teil ihrer Rechte. Solche rechtlosen (Zeit-)Räume entstehen heute in allen Staaten, die auf der Suche nach der absoluten Sicherheit sind.

Ein ähnliches Beispiel ist die neue «nichttödliche» Polizeiwaffe, der Taser. Der Taser ist eine Elektroschockpistole, die eine Miniaturharpune mit zwei Stromkabeln in den Körper des Opfers bohrt. Die getroffene Person wird zu Boden geschleudert und verliert die Kontrolle über ihren Körper, damit verbunden sind starke Schmerzen und Todesangst. Die völlige Wehrlosigkeit, welche die getaserte Person erlebt, ist ein ebenso rechtloser Raum wie die Situation der Weggewiesenen. Gewiss wird der Taser angepriesen als Ultima Ratio gegen Amokläufer, Geiselnnehmer und so weiter. Aber früher oder später ziemlich sicher auch eingesetzt gegen Demonstranten. Vielleicht schon in den nächsten Tagen am G8-Gipfel in Schottland. Auch der Wegweisungsartikel wurde von der Berner Regierung als Ultima Ratio beworben. Aber jedes Jahr werden in Bern Hunderte von Wegweisungsverfügungen ausgeteilt und noch mehr Anzeigen wegen Verstössen gegen die Wegweisungsverfügungen. 2004 waren es über tausend.

.EICHEN TUN

Telegramm an Stadtrat Hubert Schlegel: Vielleicht ein Promille oder ein halbes Prozent der Stadtbevölkerung +++ Werde von Wegweisungen betroffen sein, sagen Sie +++ Das tönt nach wenig +++ Ein halbes Prozent sind 350 Personen +++ Stellt sie einmal in eine Reihe +++ Quer durch die Innenstadt, mit einem Meter Abstand +++ Das gibt eine ganz ansehnliche Schlange

Einen guten Umgang mit Paranoia finden ist schwierig. Zwar laufen Dinge ab wie in meinen paranoidsten Alpträumen vor zehn Jahren. Aber das darf uns nicht lähmen, niemals. Wer sich vor lauter Paranoia immer angepasst verhält, hilft aktiv mit, dass der (Spiel-)Raum sich immer weiter verengt. Die Gegenstrategie ist «nöd dergliiche tuä»: sich einfach verhalten, als gäbe es diese Einschränkungen gar nicht. Wie die Toggenburger in der frühen Neuzeit, welche die vom Kloster St.Gallen auferlegten Anordnungen einfach demonstrativ nicht beachtet, Verstösse nicht weitermeldeten und überhaupt immer wieder das taten, was eigentlich nur die Obrigkeit durfte. Oder wie die Menschen im Alpenraum, die beim Rumpeln in den Bergen weitergehen, als hätten sie nichts gehört, und so die Lawine bannen.

Paranoia darf uns auch nicht glauben machen, alles sei verloren. Denn dann ist wirklich alles verloren. «Wenn man die Hölle von innen anprangert, hört sie auf, Hölle zu sein», schreibt der englische Schriftsteller John Berger. «Keine CIA kann Karten von unseren Blutbahnen zeichnen», singen Fugazi aus Washington, DC. «Den Korridor nach vorne offen halten», sagt Peter Kamm, der in Arbon Steine meisselt. Manchmal ist ein Korridor plötzlich zugemauert, ein Ausgang wird



Fünf Tage nach der Abstimmung zeigte die Polizei mit einem Grossaufgebot gegen 150 Demonstranten, was sie unter dem Begriff «Verhältnismässigkeit» versteht.

eine Wand, wie in «The Matrix». Dafür entstehen anderswo neue Korridore, an unerwarteten Orten. Manchmal sogar spätabends in der Grabenhalle, die ich vor einem Jahr in diesem Magazin als toten Raum bezeichnet habe.

Telegramm nach der Abstimmung: Macht weiter +++ nutzt die neuen Bündnisse +++ für die lebendige Stadt auf verschiedenen Ebenen +++ verteidigt die Unerwünschten +++ lernt die Details der Stadtplanung und greift ein +++ «Aufwertung» ist auch Wegweisung, Wegweisung für immer +++

Gesunder Trotz: Wer Vermummte verbietet, bekommt ganz viele Vermummte (wie am 10.Juni). Wer Plakatieren zum Verbrechen macht, bekommt hoffentlich eine Kleinplakatwelle, wie sie diese Stadt seit 1980 nicht mehr gesehen hat. Wer den öffentlichen Raum säubern und privatisieren will, bekommt hoffentlich eine ganz neue Nutzung der Stadt, wilde Strassenfeste, Fussballspiele und Verwirrungsaktionen, permanent breakfast – das geht so: Jemand stellt einen Tisch in



den öffentlichen Raum und lädt vier Leute zum Frühstück ein. Die vier Leute verpflichten sich, sobald wie möglich selber einen Tisch aufzustellen und wieder je vier einzuladen. Natürlich können auch alle, die zufällig vorbeikommen, eingeladen werden. Erfunden haben das ein paar Kunstaktivist in Wien. Nein, es ist nicht verboten.

+++ geht verschlungene Wege +++ verabschiedet euch von der Vorstellung, es gebe private Auswege +++ seid unberechenbar, taucht immer dort auf, wo man euch nicht erwartet +++ die Strasse gehört allen +++ Und vergesst nicht, was Peter Kamm in Stein gemeisselt hat: Wir verschwinden nie.

Bettina Dytrich, 1979, treibt sich derzeit viel in St.Gallen herum und muss noch viel frecher werden.

WO ROLLTREPPEN, BUSSE UND EINKAUFPASSAGEN SPRECHEN

Die Nachricht von der Annahme des Wegweisungsartikels erreicht mich über Internet noch am Abstimmungssonntag. Ich bin vor den Kopf geschlagen. Wer hätte diesen deutlichen Ausgang erwartet? Eine traurige Geschichte. Wenigstens bieten die neuen Sachverhalte genug Material, um im Landeskundeunterricht an den japanischen Universitäten die Mentalität meines Geburtsortes anschaulich erklären zu können. Schliesslich könnte es mir bei meinem subversiv-langhaarigen Aussehen während des nächsten Aufenthaltes in St.Gallen selber auch passieren, von den liebgewordenen und erinnerungsgeladenen Plätzen meiner Heimatstadt weggewiesen zu werden.

Auch andere in Japan ansässige Ostschweizer haben sich entrüstet. Vom Rorschacher Jörg Bühler, der an der Universität Nagaoka Medien-Design unterrichtet und für mehrere meiner Kurzfilme die Kamera bedient hat, erreichen mich auf Anfrage folgende Zeilen: «Trotz der weiten Entfernung schaue ich regelmässig die mir interessant scheinenden Berichte von Tagesschau und 10 vor 10 im Internet. Dort habe ich auch von der Demo gegen den Wegweisungsartikel und dem Polizeieinsatz in St. Gallen erfahren. Darauf habe ich in der NZZ und andern, weniger regierungsfreundlichen Medien, etwas nachgeforscht, da es ja eher selten ist, dass es in der Ostschweiz zu gewalttätigen Polizeieinsätzen kommt. Zuerst dachte ich ja, beim Wegweisungsartikel ginge es um ein neues Gesetz gegen Ausländer. Dass nun aber mit diesem Artikel einer Berufsgruppe, die nicht gerade für feinfühligere Entscheidungen bekannt ist, ein willkürliches Mittel in die Hand gegeben wird, scheint mir doch sehr bedenklich.»

unzähligen von Japan zur Prostitution gezwungenen chinesischen und koreanischen «Comfort Women» weggelassen, verzerrt dargestellt oder nur sehr marginal erwähnt werden.

Eine kurze Rekapitulation der letzten paar Wochen geben einen guten Überblick über die Situation im Land der aufgehenden Sonne: Ein für Ende Juni vorgesehener Gipfel mit dem koreanischen Ministerpräsidenten Roh fand um ein Haar nicht statt. Grund ist der territoriale Disput um die aus ein paar unbewohnbaren Felsen bestehende Insel Takeshima, die auf Koreanisch Tok-do heisst und von beiden Ländern für sich reklamiert wird. Die chinesische Vizepräsidentin Wu Yi brach Anfang Juni entrüstet ihren Japan-Besuch ab, als Koizumi seine Absicht kundtat, auch dieses Jahr wieder den Yasukuni-Schrein zu besuchen, in dem neben den normalen japanischen Kriegsgefallenen auch die Überreste von 14 hochrangigen Kriegsverbrechern ruhen. (Eine mögliche Lösung des Yasukuni-Problems wäre der Transfer der Kriegsverbrecher-Überreste an einen anderen Ort. Koizumi lehnt dies aber kategorisch ab.)

Friedensartikel bedroht

60 taiwanische Fischerboote haben Mitte Juni auf offener See zwischen Taiwan und Okinawa gegen einen neuen japanischen Imperialismus protestiert, weil Nippon die Gewässer plötzlich zur exklusiven Wirtschaftszone erklären will. Es handelt sich dabei aber um Fischereigründe, die auch von Taiwan beansprucht werden. In Erinnerung gerufen seien auch die anti-japanischen Demonstrationen, die im April in

28



Eine graue Mähne macht noch keinen Reformen. Japans Kinder blicken in eine düstere Zukunft. Alle Fotos: Roger Walch



Überall in Kyoto hängen Plakate der kommunistischen Partei, die sich gegen die Abschaffung des Artikels 9 der japanischen Verfassung ausspricht. Der Text lautet: «Bewahren wir den Artikel 9 – Lassen wir uns nicht zu einer Nation werden, die im Ausland Krieg macht.»

Koizumis Konflikte

Vielleicht mag es trösten, dass in Japan auch nicht alles zum Besten bestellt ist. Der vor seinem Amtsantritt vielgepriesene Ministerpräsident Koizumi hat es in den letzten paar Monaten mit allen seinen Nachbarn verdorben und umgarnt dafür G. W. Bush, den er als persönlichen Freund bezeichnet. Die japanische Öffentlichkeit muss enttäuscht feststellen, dass eine graue Föhnmähe allein noch keinen guten Politiker ausmacht. Konfliktpotentiale in Japans gegenwärtiger Aussenpolitik sind umstrittene Territorialansprüche, die Besuche des Ministerpräsidenten im Yasukuni-Schrein und die Herausgabe von Geschichtsbüchern, in denen historische Tatsachen wie das 1937 von der japanischen Armee in China verübte Nanking-Massaker oder die

allen grösseren chinesischen Städten veranstaltet wurden. Verlangt wurde unter anderem eine klare Entschuldigung Japans für seine vor und während des Weltkrieges begangenen Greuel. Auch den Kreml hat Koizumi vergällt mit seiner imperativen Forderung nach Rückgabe aller seit dem zweiten Weltkrieg von Russland besetzten Kurilen-Inseln. Putin ist jedoch nur zur Abtretung von höchstens zwei Inseln bereit, wie in den 50er-Jahren in bilateralen Verträgen ausgehandelt. Ein geplanter russischer Staatsbesuch ist daraufhin ohne Nennung von Gründen auf später verschoben worden.

Bedenklich sind vor allem Japans Bestrebungen, den Artikel 9 der japanischen Verfassung (den sogenannten Friedensartikel) derart abzuän-